

Ludwig Watzal

Kein Friede ohne Zugeständnis

Fünf Jahre Oslo: Die Welle der Gewalt in Israel und Palästina riß nie ab

Ein hundert- und einjähriger Konflikt schien sich seinem Ende zuzuneigen, als nunmehr vor rund fünf Jahren am 13. September 1993 das Oslo-Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vor dem Weißen Haus in Washington unter der Schirmherrschaft Präsident Clintons unterzeichnet wurde. Das Abkommen, das der israelische Außenminister Shimon Peres und der Verhandlungsführer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Abu Mazen, unterzeichnet haben, trägt den etwas hölzernen Titel „Prinzipienklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ und war das erste, das der geschundenen Region den Frieden bringen sollte. Beide Seiten erklärten sich darin bereit, den Konflikt in Zukunft durch Verhandlungen zu lösen.

In welchen visionären Dimensionen man dachte, machte die Rede von Shimon Peres, der seine Vision ins Prophetische trieb. „Dies sollte eine neue Schöpfung sein. Wir müssen ein neues Gemeinwesen auf unserem alten Boden schaffen; einen Nahen Osten für die Menschen, einen Nahen Osten für die Kinder ... Lassen Sie uns der Feindschaft eine Absage erteilen, und mögen Opfer auf keiner Seite mehr zu beklagen sein.“ Wesentlich realistischer war dagegen Ministerpräsident Yitzhak Rabin, der Ex-General, der über die Opfer von Gewalt und das Leid der Familien, über Jerusalem als der „ewigen Hauptstadt des jüdischen Volkes“ sprach. Seine Rede enthielt nichts Visionäres; sie war nüchtern und primär an die israelische Bevölkerung gerichtet. Im Gegensatz zu Peres und Rabin appellierte Yassir Arafat nicht nur an die Hilfe der USA und der internationalen Staatengemeinschaft, sondern bemühte auch „Gott, den Barmherzigen“. Instinktiv wohl ahnend, daß dieser eingeschlagene Weg kein leichter sein wird. Alle drei Redner ließen keinen Zweifel an ihrem ehrlichen Friedenswillen aufkommen und versprachen eine friedliche Konfliktlösung.

Der Weg hin zur Unterzeichnung des Abkommens war schwerlich und dornenreich. Er begann mit der Friedenskonferenz von Madrid am 31. Oktober 1991, zu dessen Beginn die Palästinenser noch Teil der jordanischen Delegation waren und kein Teilnehmer aus Ost-Jerusalem unter ihnen sein durfte, da Ost-Jerusalem nach israelischer Lesart integraler Bestandteil Israels durch die Annektion von 1980 geworden war. In der Folge der Madrider Konferenz trafen sich von 1991 bis 1993 die israelische und die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington zu zehn ergebnislosen Verhandlungsrunden. Bis, ja bis die Nachricht von der bevorstehenden Unterzeichnung eines Abkommens an die Öffentlichkeit kam, das sowohl die palästinensische Delegation als auch die Experten samt Öffentlichkeit überaschte.

Trotz Friedensprozeß riß die Welle der Gewalt in Israel und Palästina nie ab. Ein besonderes Charakteristikum dieses Friedensprozesses scheint zu sein, daß sein Weg mit Gewalt und vielen Toten gepflastert ist. Entweder waren es israelische Opfer palästinensischer Selbstmordattentäter oder aber Palästinenser, die den Gewaltmaßnahmen des israelischen Militärs zum Opfer fielen. Insbesondere seit der Regierungsübernahme durch Benjamin Netanyahu samt seiner rechtsnationalistischen Koalition dreht sich die Spirale der Gewalt.

Willkür

Trotz Friedensprozeß gehen die Menschenrechtsverletzungen von beiden Seiten unvermindert weiter. Neben den bereits erwähnten kommen noch die Folterungen von Palästinensern durch Palästinenser hinzu. Das Paradoxe an der Lage der Palästinenser ist, daß auch die palästinensische Autonomiebehörde die Menschenrechte der eigenen Landsleute verletzt. In der

knapp vierjährigen Regierungszeit des Arafat-Regimes wurden bereits zwanzig Palästinenser durch die zwölf Geheimdienste zu Tode gefoltert. Einschüchterungen, Rechtlosigkeit und Willkür seiner Geheimdienste gehören zum Alltag. Arafat geriet unter erheblichen Druck Israels und der USA. Beide verlangten ja von ihm, aggressiver gegen die Radikalen vorzugehen, sie zu verhaften und einige an Israel auszuliefern. Dies hat Arafat dadurch vermieden, daß er Verdächtige umgehend von seinem dubiosen „Staatssicherheitsgericht“ verurteilen ließ, um sie damit vor der Auslieferung an Israel zu „schützen“. Alle einmal Verurteilten brauchen nicht an Israel ausgeliefert zu werden.

Wie konnte es zu diesem Zustand kommen? Wie paßt der Status quo mit den wohlmeinenden Absichtserklärungen von Washington zusammen? Waren sie realistisch, und was steht in den Dokumenten?

Das Osloer Vertragswerk umfaßt die „Prinzipienklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993, das „Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen“, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden und Bestandteil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ vom 4. Mai 1994 ist. Das „Wirtschaftsprotokoll“ wurde auch unverändert in das „Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 integriert. Zuletzt wurde das Hebron-Protokoll vom 15. Januar 1997 von der Netanyahu-Regierung unterzeichnet. Seit Monaten wird um einen zweiten Truppenrückzug verhandelt. Netanyahu weigert sich bislang (Redaktionsschluß dieses Artikels war der 20. Oktober), 13 Prozent des Gebietes abzutreten, wie von den USA vorgeschlagen und von der PLO akzeptiert.

Bevor es zur Unterzeichnung der „Prinzipienklärung“ kommen konnte, wurden Briefe ausgetauscht, in denen sich die beiden Seiten anerkannten und Arafat für seine PLO einige

Verpflichtungen eingegangen ist. Die wichtigsten Punkte der Prinzipienklärung sind:

- Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Artikel XIV).
- Gründung einer palästinensischen Behörde (Artikel I), der im wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Artikel VI).
- Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Artikel III).
- Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Artikel VII).

Die Sicherheit der Grenzen, die Außenbeziehungen, die Sicherheit und die öffentlichen Ordnung der jüdischen Siedlungen und deren Bewohner sowie den ungehinderten Transit auf den Straßen behält sich Israel vor. Die gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Statusendverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbeziehungen und „andere Fragen von gemeinsamen Interesse“ (Artikel V).

Der Abschluß dieses Abkommens und die Anerkennung Israels durch die PLO führte bislang immerhin zur Entspannung auch mit den arabischen Staaten. So schloß Jordanien mit Israel am 26. Oktober 1994 einen Friedensvertrag. Der Golf-Kooperationsrat setzte den Wirtschaftsboykott aus, und viele Staaten der Dritten Welt nahmen diplomatische Beziehungen zu Israel auf, darunter auch arabische. Die Palästinenser als Volk erhielten im Gegenzug aber nicht die Anerkennung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung durch Israel, sondern es wurde nur die PLO als ihre Repräsentantin anerkannt. Netanyahu ist auf dem besten Wege, das international erworbene Vertrauen des Landes wieder zu verspielen.

Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt.

Die in diesem Zusammenhang abgeschlossene Vereinbarung über „Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ vom 29. August 1994 wurden die in der „Prinzipienklärung“ genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen.

Das „Interimsabkommen“ vom 28. September 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art „Inselreich“, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Konkret wirkte es sich folgendermaßen aus:

Die Zone A umfaßt die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent

*Die Abkommen
haben die
Kriegsgefahr
in Israel und
Palästina
nicht beseitigen
können.*

des gesamten Gebietes aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivilangelegenheiten eigenständig regeln, und ihre Polizei hat das alleinige Sagen.

In der Zone B liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung an die Palästinenser über. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann von deren Polizei alleine geregelt werden.

In der Zone C, sie macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel sowieso als Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede autonome Insel einzeln abgeriegelt werden. Dies stellt somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen

wenigstens frei in der oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten.

Des weiteren zieht sich zwar die israelische Militärverwaltung zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Die vielen bestehenden Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft und müssen von Arafats Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind auch weiterhin durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies selbstverständlich v. a. im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Aber auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über größere Projekte nicht eigenständig befinden. Es wurde bislang noch keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee ist überall präsent, und an der de-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nichts geändert.

Auch nach dem Hebron-Protokoll, das einzige Abkommen, das die Netanyahu-Regierung unterzeichnet hat, kam es nur zu einem Rückzug aus Teilen Hebrons und zu keinem Abzug. Das Protokoll teilte die Stadt in eine H-1-Zone, in der zirka 100 000 Palästinenser unter Arafats-Regime leben, und eine H-2-Zone, in der 450 extremistische jüdische Siedler und zirka 20 000 Palästinenser unter Israels Aufsicht bzw. direkter Okkupation wohnen. Die Einwilligung Netanyahus zu diesem Abkommen wurde als „Ja“ der anderen Hälfte Israels zum Friedensprozeß gewertet worden. Eine solche Interpretation kann aber nur mit erheblichen Abstrichen gelten, weil die extremistischen Kräfte, die Netanyahus Regierung tragen, sich nicht mit einer eigenständigen Palästinenseridentität abgefunden haben. Mit dem Hebron-Protokoll ging ein Brief des ehemaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher einher, in dem er Israel weitreichende Sicherheitsgarantien machte und es dem Land freistellte, unilateral über den weiteren Rückzug aus der Westbank, die in drei Etappen bis August 1998 abgeschlossen sein sollte, gemäß der israelischen Sicherheitslage zu entscheiden. Seitdem hat Netanyahu alles getan, um den Status quo zu Gun-

sten Israels zu verändern. Dies war auch die Politik Rabins, der in seiner vierjährigen Amtszeit die Zahl der Siedler verdoppelt und Milliarden von Shekel in die Siedlungen investiert hat. Hinter dieser Bilanz will Netanyahu nicht zurückstehen.

Schon kurz nach Unterzeichnung der Abkommen begannen sich beide Seiten gegenseitig vorzuwerfen, sie erfüllten die Vereinbarungen nicht. Israels permanenter Vorwurf war, die Palästinenser täten nicht genug gegen den Terrorismus und die radikalen Kräfte von Hamas und Islamischer Heiliger Krieg. Arafat ist aber schon des öfteren mit aller Härte und Brutalität gegen die Anhänger dieser Organisationen vorgegangen. Über tausend Mitglieder von Hamas sitzen in Arafats Gefängnissen und werden sicherlich auch gefoltert. Die Aussichten auf Demokratie in seinem „Inselreich“ sind schlecht. Wie lange will der Westen noch seine Diktatur finanzieren?

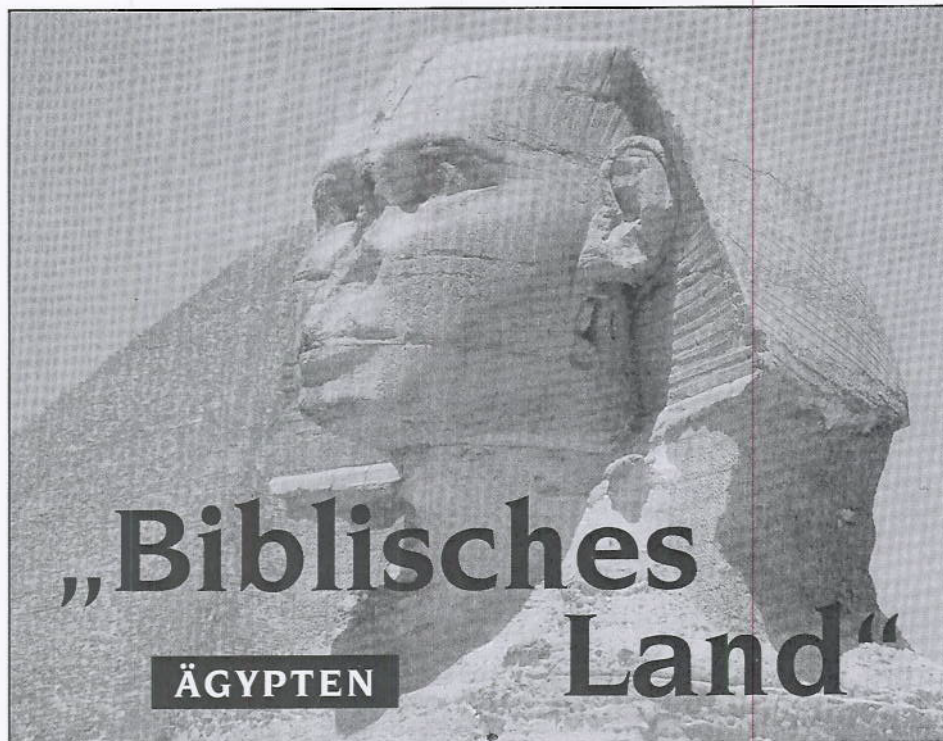
Was bleibt als Fazit, und warum sind die Palästinenser immer noch am Friedensprozeß interessiert? Die Abkommen haben die Kriegsgefahr in

Israel und Palästina nicht beseitigen können. Dies ist auch die Schuld der jetzigen israelischen Regierung, die alles tut, um Arafat und seine Regierung zu demütigen und vor den Augen der Palästinenser lächerlich zu machen. Die Abkommen sind nicht Ausdruck von Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische, ökonomische und soziale Unterwerfung. Arafat und sein Regime müssen für die Sicherheit Israels in den autonombesetzten Gebieten sorgen. Die Abkommen nützen allein der Sicherheit Israels. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern machtpolitisch erledigt. Diese Entwicklung ist irreversibel, weil sie von der palästinensischen Führung eingeleitet worden ist. Weitere „Konzessionen“ der Palästinenser sind zu erwarten.

Gibt es aus dieser verfahrenen Situation dennoch einen Ausweg? Ja: das Ende der wahnwitzigen Bombenattentate durch radikale Palästinenser, aber auch die Kompromißbereitschaft Israels und die Einhaltung der Verträge.

Eine Wende zum Besseren ist nur dann zu erwarten, wenn Israel eine Kehrtwendung in Richtung „gerechter Friede“ vollzieht. Dies beinhaltet die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat, das Ende der Landenteignungen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen, das Ende der Häuserzerstörungen, den Siedlungsstop, die Freilassung Gefangenen, das Rückkehrrecht der Palästinenser in ihre Heimat, das Ende der Abriegelung und der Kollektivstrafen und die Anerkennung der Menschenrechte der Palästinenser. Nur durch die Umsetzung dieser Maßnahmen läßt sich der Teufelskreis von Terror und Rache durchbrechen. Solange aber beide Seiten auf ihren Maximalvorstellungen beharren, wird es zu keinem Frieden in der Region kommen.

Ludwig Watzal ist Autor des Buches: „Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart“, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1998, 303 Seiten, 19,90 DM



„Biblisches Land“

ÄGYPTEN

Gemeinde unterwegs...

10-tägige Rundreise für Gruppen schon ab

DM **1.995,-** pro Person

Bitte ausschneiden und heute noch absenden oder faxen!

CCP - Stuttgart

Ja, die Ägypten interessiert mich!
Ich möchte deshalb von Ihnen erhalten:

- Einladung zur Teilnahme an einer kostenlosen Ägypten-Einführungsreise für Gruppenverantwortliche
- Reiseprogramme Ägypten (Vorschläge) für Gruppen und Gemeinden

Name

Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Tel./Fax

Bemerkung

Biblische Reisen

Biblische Reisen GmbH · Silberburgstraße 121
70176 Stuttgart · Telefon 0711/61925-0 · Fax · 44